

FNB Gas - Stellungnahme

zu den Eckpunkten für ein
Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) im Rahmen
des Wachstumspakets für die Wirtschaft.

Berlin, 23.10.2024

Über FNB Gas:

Die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V. (FNB Gas) mit Sitz in Berlin ist der 2012 gegründete Zusammenschluss der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber, also der großen überregionalen und grenzüberschreitenden Gastransportunternehmen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Vereinigung ist die Netzentwicklungsplanung für Gas und Wasserstoff auf der Transportebene. Zudem ist die Vereinigung Ansprechpartner gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit.

Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH. Sie betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Wachstumspakets für die Wirtschaft am 11. September 2024 Eckpunkte für ein Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) zur Umsetzung der Kraftwerksstrategie vorgelegt. Diesbezüglich wurden zwei Konsultationsdokumente durch das BMWK veröffentlicht.

Im ersten Konsultationsdokument "Neue Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke und Langzeitspeicher für Strom" skizziert das BMWK u.a. wie im Rahmen von Dekarbonisierungsmaßnahmen der Bau und die Umrüstung von insgesamt 7 GWel Gaskraftwerken ausgeschrieben werden könnte sowie die geplanten Rahmenbedingungen für die Ausschreibungen für 0,5 GWel Wasserstoffsprinterkraftwerke, die direkt mit Wasserstoff betrieben werden sollen und 0,5 GWel Langzeitstromspeicher.

Das zweite Konsultationsdokument "Ausschreibungen für steuerbare Kapazitäten für einen Beitrag zur Versorgungssicherheit" beschreibt die Eckpunkte eines vorgezogenen Kapazitätsmechanismus mit dem weitere 5 GWel Kraftwerkskapazität ausgeschrieben werden sollen.

FNB Gas nimmt zu den Eckpunkten für ein Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) für seine Mitglieder wie folgt Stellung:

Neue Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke und Langzeitspeicher für Strom

Wie beurteilen Sie die Beschränkung auf 100% Wasserstoffbetrieb? Halten Sie eine 2% Verunreinigungsregel für angemessen?

Die Gasbeschaffenheitsanforderungen entsprechend des DVGW-Arbeitsblattes G260 5. Gasfamilie Gruppe A (≥ 98 mol-%) stellen ein sinnvolles Optimum der Anforderungen für Erzeugung, Speicherung, den Transport und die Anwendung dar. Die darin beschriebenen Gaskomponenten, neben Wasserstoff, umfassen auch Anteile, die keine relevanten Auswirkungen auf die Emissionen der Wasserstoffkraftwerke haben. Auch zum internationalen Austausch von Wasserstoff können darüberhinausgehende Einschränkungen dieser Komponenten hindernd wirken, was zu Markteinschränkungen führen kann.

Wie beurteilen Sie den Umstand, dass nach dem verpflichtenden Umstiegsdatum neben dem Wasserstoffbetrieb kein bivalenter Betrieb mit Erdgas ermöglicht wird (vgl. Abschnitt B.I. Nr. 1b)?

Die Zielrichtung der Auflage (kein bivalenter Betrieb nach dem verpflichtenden Umstiegsdatum) ist nachvollziehbar und grundsätzlich richtig – es soll ein verlässlicher Pfad zur Dekarbonisierung eingeschlagen werden. Hier sollte aber zwischen der am jeweiligen Standort installierten Technik und Auflagen für die Nutzung unterschieden werden. Wenn bei einem auf Wasserstoff umzustellenden Kraftwerk netzseitig, steuerungsseitig (Mess- Regel & Mischstation) und auf Seiten des Kraftwerks alle Anlagen für einen bivalenten Betrieb (z.B. für eine technische Umstellungsphase) installiert sind, dann ist es aus Gründen der Versorgungssicherheit und Diversifikation sinnvoll, diese Anlagen nicht (zumindest nicht unmittelbar) technisch zurückzubauen. Unter strengen Auflagen sollte auch ein bivalenter Betrieb im Sinne der Versorgungssicherheit eingeräumt bleiben.

Zu den Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke sollen nur solche Projekte zugelassen werden, die sich in räumlicher Nähe zum Wasserstoff-Kernnetz befinden (vgl. Abschnitt B.I. Nr. 1 d). Mit welcher maximalen Entfernung (Luftlinie in km) sollte diese „räumliche Nähe“ aus Ihrer Sicht definiert werden und weshalb?

Die Anschlussleitung zur Verbindung des Kraftwerks zum Wasserstofftransportnetz ist durch den Anschlussnehmer (hier Kraftwerksbetreiber) zu finanzieren. Diese Kosten können in den von den Kraftwerksbetreibern abzugebenden Geboten berücksichtigt werden und stellen damit bezogen auf die von der Allgemeinheit zu tragenden Kosten kein weiteres Kriterium dar. Insofern sollte auch die Entfernung des Kraftwerksstandorts zum Wasserstoff-Kernnetz kein Ausschlusskriterium sein, sondern die Länge und Kosten der notwendigen Anschlussleitung über das Gebot in die wirtschaftliche Entscheidung einfließen. Ein sinnvolles Kriterium stellt dagegen die Verfügbarkeit von Kapazitäten am jeweiligen Anbindungspunkt bzw. Ausbaubedarf der öffentlichen Wasserstoffinfrastruktur dar. Die bloße Nähe des Kraftwerksstandorts zum Wasserstoff-Kernnetz bedeutet nicht automatisch, dass das Wasserstoff-Kernnetz jederzeit in der Lage ist, das Kraftwerk zu versorgen. Dies sollte im Auswahlprozess geprüft werden.

In den Ausschreibungen für umrüstbare Wasserstoffkraftwerke wurde ein Bonusmodell für die regionale Steuerung der Kraftwerke vorgeschlagen, vgl. Abschnitt B.I. Nr. 1 e. Ist dieses Modell aus Ihrer Sicht geeignet?

Die regionale Steuerung und damit verbunden das vorgeschlagene Bonusmodell ist geeignet, wenn Strom und Gas gesamthaft betrachtet werden, d.h. bei regionaler Verortung des Kraftwerksstandortes dann auch die benötigten Kapazitäten im Wasserstoff und Methan vorhanden sind. Die Verfügbarkeit der Kapazitäten sollte im Vorfeld dringend vom Kraftwerksbetreiber über eine entsprechende Kapazitätsanfrage gemäß §38/39 GasNVZ beim

jeweiligen Fernleitungsnetzbetreiber zugesichert sein. Anfragen, welche aktuell nicht vorliegen (nach Stichtag 1.5.2024), können erst wieder im nächsten NEP-Zyklus betrachtet werden.

Grundsätzlich sollte bei der Standortfindung der Kraftwerke ein überregionaler Netzausbau im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung für Methan vermieden bzw. für Wasserstoff berücksichtigt werden.

Sehen Sie Alternativen zur regionalen Differenzierung, wo ein Kraftwerkszubau möglichst systemdienlich ist anstelle der gewählten Aufteilung nach Ländern, vgl. Abschnitt B.I. Nr. 1 e?

- a. *Wenn ja, welche?*
- b. *Ist die Aufteilung ein Drittel vs. zwei Drittel zwischen netztechnischem Norden und Süden angemessen?*
- c. *Wie bewerten Sie die Einteilung der Bundesländer für den „netztechnischen Süden“?*

Grundsätzlich kann die Regionalisierung aufgrund der Priorisierung der Übertragungsnetzbetreiber („netzdienlicher Süden“) mitgegangen werden.

Ausschreibungen für steuerbare Kapazitäten für einen Beitrag zur Versorgungssicherheit

Wie bewerten Sie die vorgenommene Definition des „netztechnischen Südens“, vgl. Abschnitt A.I.4.d, Rn. 17 ff? Sind Ihnen besser geeignete Vorschläge bekannt, einen systemdienlichen Zubau anzureizen?

Grundsätzlich kann die Regionalisierung aufgrund der Priorisierung der ÜNB („netzdienlicher Süden“) mitgegangen werden.

Fazit

Folgende Aspekte sind aus gasnetzplanerischer Sicht zu beachten:

1. Der Anschluss neuer Kraftwerke sollte ausbauschonend (möglichst ausbaufrei, max. mit geringem regionalem Netzausbau) für die Methan-Infrastruktur erfolgen.
2. Die neuen Kraftwerke sollen perspektivisch über die Wasserstoff-Transportinfrastruktur versorgbar sein.
3. Die Entfernung zum Wasserstoff-Kernnetz sollte kein Ausschlusskriterium sein, ob Kraftwerke für die Ausschreibung für wasserstofffähige Gaskraftwerke zugelassen werden. Vielmehr ist entscheidend, ob überhaupt ausreichende Kapazitäten am jeweiligen Anbindungspunkt zur Versorgung des Kraftwerks zur Verfügung stehen.

Ansprechpartner:

Nils von Ohlen

Leiter Netzplanung

Telefon: +49 151 2270 7381

Nils.vonohlen@fnb-gas.de